SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER LANDTAG **Drucksache 20/3581**
20. Wahlperiode 18. September 2025

Bericht und Beschlussempfehlung

des Wirtschafts- und Digitalisierungsausschusses

Erhöhung der Trassenentgelte stoppen

Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 20/2474 (neu)

Mit Plenarbeschluss vom 26. September 2024 hat der Landtag den oben genannten Antrag dem Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss überwiesen (Plenarprotokoll 20/67). Der Ausschuss hat die Vorlage in mehreren Sitzungen beraten, abschließend am 17. September 2025, und dazu schriftliche Stellungnahmen eingeholt. Er beriet das Thema im Rahmen eines Fachgesprächs am 12. März 2025 (Niederschrift 20/52) sowie eines Austauschs mit der Konzernbevollmächtigten der Deutschen Bahn AG am 30. April 2025 (Niederschrift 20/57). Bei der abschließenden Beratung wurde ein Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Umdruck 20/5235, einstimmig angenommen.

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag der Koalitionsfraktionen, Drucksache 20/2474 (neu), in der folgenden Fassung anzunehmen:

> „Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt fest, dass die Region Nord mit Schleswig-Holstein gemäß des Netzzustandsberichts der DB InfraGO das schlechteste Schienennetz in Deutschland hat und die Qualität der bundeseigenen Schieneninfrastruktur trotz der deutlichen Steigerung von Sanierungen besorgniserregend gesunken ist. Der Landtag begrüßt, dass durch die Umschichtung der LKW-Maut zusätzliche haushaltsunabhängige Einnahmen für

die Schieneninfrastruktur gesichert wurden, diese sind allerdings nicht ausreichend, um die langfristig entstandenen Sanierungs- und Ausbaubedarfe zu decken.

Der Landtag kritisiert die von der Bundesregierung vorgesehene Art der Finanzierung der Schieneninfrastruktur des Bundes über eine Eigenkapitalerhöhung bei der DB InfraGO und der damit verbundenen Renditestruktur. Die DB InfraGO plant zum Erhalt und der Verzinsung des Eigenkapitals die Trassenentgelte zu erhöhen. Im Ergebnis müssen damit Investitionen der DB InfraGO in Milliardenhöhe, ganz im Gegensatz zu anderen konkurrierenden Verkehrsträgern, größtenteils durch die Nutzenden finanziert werden.

Diese weitere, gravierende Erhöhung der im europäischen Vergleich ohnehin bereits sehr hohen Trassenpreise gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit des Schienenverkehrs und konterkariert die verkehrs- und klimapolitischen Ziele, Verkehre auf die Schiene zu verlagern. Der Landtag bittet die Landesregierung, die Bundesregierung aufzufordern, die Eigenkapitalerhöhung durch Bundeszuschüsse oder eine andere sachgerechte finanzielle Alternative zu ersetzen.

Der Landtag bittet die Landesregierung zudem, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Trassenentgelte nicht weiter erhöht werden und die Trassenpreisbremse für den SPNV beibehalten wird. Er bittet die Landesregierung darüber hinaus, auf Bundesebene darauf hinzuwirken, das Trassenpreissystem stattdessen künftig stärker an Qualitätsaspekten zu orientieren und einen Mechanismus mit Anreizen und Sanktionen zur Qualitäts- und Quantitätssteigerung zu implementieren. Der Trassenpreis muss sich künftig stärker nach dem Zustand der Infrastruktur richten.

Der Landtag sieht ferner Potenziale in einer stärkeren Regionalisierung der Infrastrukturverantwortung, insbesondere bei kleineren Projekten. Er bittet die Landesregierung, gemeinsam mit dem Bund rechtliche Optionen zu prüfen, wie Streckenverantwortung und Projektsteuerung zeitweise oder abschnittsweise an regionale Betreiber übertragen werden können.

Die Trassenpreisfinanzierung muss Anreize zur Verlagerung von der Straße auf der Schiene sowohl für Güter als auch für Menschen bieten. Zudem muss das Trassenpreissystem die Erreichung der verkehrs- und klimapolitischen Ziele befördern. Der Landtag unterstützt die derzeit geplante Preisdämpfung der Trassenentgelte als Übergangslösung bis zu einer grundsätzlichen Reform.“

Claus Christian Claussen
Vorsitzender